



## Hochschulfinanzierung: Wirtschaft legt eigene Pläne vor

Hochschulfinanzierung: Wirtschaft legt eigene Pläne vor  
Wie kann die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der Hochschulen nachhaltig gestärkt werden? Zu dieser Frage haben die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und der Stifterverband ein gemeinsames Modell erarbeitet. Darin fordern sie unter anderem eine dauerhafte Beteiligung des Bundes an der Finanzierung von Forschung und Lehre und eine Rückkehr zu Studiengebühren. Letztere sollen allerdings erst im Nachhinein fällig werden. Die Zahl der Studierenden hat Rekordwerte erreicht und die Reputation der Hochschulforschung ist durch die Exzellenzinitiative international besser sichtbar geworden. Diese positiven Entwicklungen sind nicht zuletzt dem Engagement des Bundes in der Hochschulfinanzierung zu verdanken: Seine finanzielle Beteiligung ist in den letzten zehn Jahren dreimal so stark gestiegen wie die der Länder. Allerdings fließen die zusätzlichen Mittel in befristete Programme. Wie es nach 2020 weitergeht, ist bislang völlig offen. Die Spitzenverbände der Wirtschaft fordern deshalb eine dauerhafte gemeinsame Finanzierungsverantwortung von Bund und Ländern. Gleichzeitig sollen stärker als bisher Wettbewerbs- und Investitionsanreize gesetzt werden. So soll das Geld des Bundes - anders als im Hochschulpakt - nicht für mehr Studienanfänger, sondern für mehr Absolventen fließen. So bestünde nicht nur ein Anreiz, in mehr Studienplätze zu investieren. Vielmehr würden die Hochschulen motiviert, Studienabbrüche wirkungsvoll zu bekämpfen. Für innovative Lehrprojekte sollen die Hochschulen weitere Mittel bei einem bundesweiten Förderwerk einwerben können. In der Forschung sollen erfolgreich eingeworbene Drittmittel indes durch einen staatlichen Bonus aufgestockt werden. Zusätzliches Geld zur Qualitätsverbesserung soll die Wiedereinführung von Studiengebühren bringen. Damit die Gebühren sozialverträglich sind und niemanden abschrecken, würden sie nach dem Willen der Wirtschaft allerdings erst dann fällig, wenn die Studenten nach erfolgreichem Abschluss ein bestimmtes Einkommen erzielen. Christiane Konegen-Grenier  
Telefon: 0221 4981-721  


### Pressekontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln)

50968 Köln

### Firmenkontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln)

50968 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln ist das führende private Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Wir vertreten eine klare marktwirtschaftliche Position. Es ist unser Auftrag, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse in Politik und Öffentlichkeit zu festigen und zu verbessern. Wir analysieren Fakten, zeigen Trends, ergründen Zusammenhänge ? über die wir die Öffentlichkeit auf vielfältige Weise informieren. Wir forschen nicht im Elfenbeinturm: Unsere Erkenntnisse sollen Diskussionen anstoßen. Unsere Ergebnisse helfen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Als Anwalt marktwirtschaftlicher Prinzipien entwerfen wir für die deutsche Volkswirtschaft und die Wirtschaftspolitik die bestmöglichen Strategien und fordern und fördern deren Umsetzung.